

## MEDIENMITTEILUNG

Thun, 30. November 2016

### **Für eine aufrichtige Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung**

**Seit einem Bundesgerichtsurteil im Jahr 2012 darf die Diffamierung Israels auf Plakaten in Schweizer Bahnhöfen ihren Lauf nehmen. In diesen Tagen ist wieder eine solche Kampagne im Gang. Die EDU stellt die Frage: Wenn die Plakatmacher aus Liebe zur palästinensischen Bevölkerung handeln, warum prangern sie denn nicht die palästinensische Gewalt gegen die eigene Bevölkerung an?**

Monatlich veröffentlicht die palästinensische unabhängige Menschenrechtskommission ICHR auf [ichr.ps](http://ichr.ps) einen Bericht über die Gewalt innerhalb der palästinensischen Bevölkerung und durch die palästinensischen Behörden. Der neuste Bericht betrifft den Monat August 2016. Für diesen Monat werden 21 unnatürliche Todesfälle (ungeklärte Erhängungen, Rachemorde, etc.) aufgezählt. 48 Klagen über Folter und Misshandlung (25 davon in der Westbank und 23 im Gaza-Streifen) sind bei ICHR eingegangen. Ein Todesurteil wurde im August durch ein palästinensisches Gericht ausgesprochen (mehrere Todesurteile waren 2016 bereits wegen Zusammenarbeit mit einem feindlichen Staat ausgesprochen worden). Das ICHR erhielt im Berichtsmonat 39 Klagen über willkürliche oder politisch motivierte Verhaftungen.

Familienfehden innerhalb der palästinensischen Bevölkerung werden gemäss diesen Berichten regelmässig mit der Tötung von einzelnen Familienmitgliedern ausgetragen. Zusammenstösse zwischen palästinensischen Sicherheitskräften und anderen palästinensischen Personen enden ebenso regelmässig mit Toten auf beiden Seiten.

Die palästinensische Bevölkerung leidet massiv! Dieses Leiden gehört auf den Radar der internationalen Organisationen und Medien. Wahre Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung heisst, sich um die oben aufgezählte Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen zu kümmern. Das palästinensische Gewaltregime wird entgegen der Botschaft des aktuellen Plakates von der EU massiv mitfinanziert. Geschwiegen wird nicht über allfällige israelische Gewalt, sondern über palästinensische Gewalt gegen die eigene Bevölkerung.

**Die EDU fordert die Medien auf, in der Berichterstattung über anti-israelische Kampagnen die palästinensische Gewalt gegen die eigene Bevölkerung nicht zu verschweigen, endlich den anti-israelischen Bann zu brechen und zu einer wirklichen Hilfe für die palästinensische Bevölkerung beizutragen.**

**Die EDU fordert die Schweizer Behörden auf, dieser genannten Gewalt mit einer klaren Haltung zu begegnen.**

#### **Für weitere Auskünfte:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37  
Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96